Presseschau vom 17.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **EU strebt engere Beziehungen zu ehemaligen Sowjetrepubliken an**
Die Europäische Union baut ihre Beziehungen zu den Nachbarländern Russlands weiter aus. Nach Aktivitäten in Weißrussland und in der Region von Armenien und Aserbaidschan beginnt Brüssel nun mit der Erneuerung des Programms der Östlichen Partnerschaft. …
https://kurz.rt.com/2r77

Gert-Ewen Ungar: **Kalter Krieg – Die G7 und der Demokratie-Gipfel der USA**
Kurz nacheinander gab es zwei Ereignisse, in denen es vorgeblich um die Stärkung der Demokratie weltweit gehen sollte: Der Demokratie-Gipfel, zu dem die USA geladen hatten, und dann das Außenministertreffen der G7-Staaten. Faktisch wurde damit aber die geopolitische Konfrontation vertieft. …
https://kurz.rt.com/2r6v

de.rt.com: **Die Bedürfnisse Armer spielen keine Rolle**
Hart ins Gericht mit der vergangenen wie der gegenwärtigen Bundesregierung geht der gerade veröffentlichte Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Die letzte Bundesregierung habe die Armen ignoriert und die jetzige biete vor allem Mogelpackungen. …
https://kurz.rt.com/2r7k

Andrei Babizki: **Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkennen – und so die Ukraine zum Frieden zwingen**
Im Westen wird viel über eine "Invasion" Russlands in die Ukraine spekuliert – in Russland und den Volksrepubliken im Donbass selbst redet man dagegen davon, die Ukraine zum Frieden zu zwingen. Die einen drohen, die anderen befürchten jedoch völkerrechtliche Konsequenzen. …
https://kurz.rt.com/2r75

de.rt.com: **Europäisches Lizenzrecht: Ein Auffrischungskurs für unerfahrene Regulierungsbehörden**
Kaum ist RT DE auf Sendung, empört sich der Mainstream und gibt sich keine Mühe, die Häme über die Löschung des YouTube-Kanals zu verbergen. RT DE habe mit einer serbischen Lizenz nicht in Deutschland senden dürfen. Doch stimmt das so? Bei genauerer Betrachtung nicht. …
https://kurz.rt.com/2r8c

de.rt.com: **Europabeauftragter der Medienanstalten: "RT DE ist ein echtes Ärgernis"**
Tobias Schmid, der Europabeauftragte der Medienanstalten, bestritt in einem Interview mit dem NDR haltlos die Gültigkeit der RT-Ausstrahlung in Deutschland. Er sagte: "Wir werden uns darum kümmern." …
https://kurz.rt.com/2r8w

abends/nachts:

de.rt.com: **"Sonst wird es zu spät sein" – Selenskij fordert sofortige Sanktionen gegen Russland**
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die EU aufgefordert, sofort Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Seiner Meinung nach wäre es zu spät, dies erst nach der durch die westlichen Medien heraufbeschworenen Invasion zu tun. Gleichzeitig sprechen sich einige europäische Länder für einen Dialog mit Moskau aus.
Wladimir Selenskij, der Präsident der Ukraine, hat die Europäische Union aufgefordert, noch vor einer möglichen militärischen Eskalation präventive Sanktionen gegen Russland zu verhängen, da die Androhung harter Maßnahmen nach einer Invasion zu spät käme.
In einer Rede am Mittwoch in Brüssel im Anschluss an das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) – einem Treffen der EU-Mitgliedstaaten mit der Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldawien – deutete Selenskij an, dass Maßnahmen Russland davon überzeugen könnten, von einer militärischen Eskalation abzusehen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Kiew offen für die Aufnahme direkter Verhandlungen mit Moskau sei. Der ukrainische Präsident sagte:
"Einige Staats- und Regierungschefs haben ein Format für eine Reaktion nach einer wahrscheinlichen Eskalation durch Russland vorgeschlagen... Wir konnten unseren europäischen Kollegen erklären, dass eine Sanktionspolitik 'danach' offen gesagt für niemanden mehr von Interesse ist. Wir sind für eine starke Sanktionspolitik vor einer Eskalation, so dass es vielleicht gar nicht zu einer Eskalation kommt. Eine solche Beziehung, die gefährlichen Schritten zuvorkommt, wird den seit acht Jahren andauernden Konflikt im Osten unseres Landes beenden können."
Selenskij erklärte, dass er zu Gesprächen mit Russland in jeder Form bereit sei, und wies auf die Beendigung des Konflikts im Südosten seines Landes als eine Priorität hin. Er sagte:
"Wir sagen das offen, und das nicht zum ersten Mal. Wir brauchen den gleichen Willen zur Beendigung des Krieges auch auf russischer Seite."

In den letzten Wochen hatten die USA und ihre NATO-Verbündeten in Europa Moskau mit harten Maßnahmen für den Fall einer militärischen Eskalation in der Ukraine gedroht. Anfang dieses Monats drohte die US-Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, dass Russland mit einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen konfrontiert werden würde, so wie die USA sie noch nie gegen Russland angewendet haben.
Trotz der Drohungen aus Washington gibt es jedoch Berichte, wonach wichtige europäische Länder den Dialog anstelle von Sanktionen anstreben. Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich haben sich gegen die Planung eines spezifischen Maßnahmenpakets gegen Russland gewehrt und ziehen es stattdessen vor, Gespräche mit Russland zu führen, so die US-amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bb502fb480cc42874e7eb4.jpg

snanews.de: **Nach „Rausschmiss von zwei Russen“: Medien feiern Baerbock für bestandene „Feuertaufe“**
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat deutschen Medien zufolge ihre „Feuertaufe“ bestanden: Sie hat Russland mit Konsequenzen bei einem Ukraine-Einmarsch gedroht, Nord Stream 2 die Inbetriebnahme verweigert und am Mittwoch zwei russische Diplomaten wegen des „Tiergarten-Mordes“ ausgewiesen. Nicht zu früh für die Lorbeeren? Ein Kommentar.
„Baerbock schmeißt zwei Russen-Diplomaten raus“, feiern die Boulevard-Zeitungen. „Am Tisch mit den Mächtigen macht sie in ihrer ersten Woche eine selbstbewusste Figur“, lobte der ehemalige FAZ-Herausgeber, nun „Focus“-Autor Hugo Müller-Vogg die Auftritte derBundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). SeinArtikel trug den Titel: „Mit Baerbock als Außenministerin braucht sich Deutschland nicht zu verstecken“.
Nachdem das Berliner Kammergericht im „Tiergarten-Mord“ eine lebenslange Haft für den mutmaßlichen Täter beschlossen und vom „Staatsterrorismus“ (übrigens kein juristischer, sondern ein politischer Begriff) gesprochen hatte, bestärkt das laut Müller-Vogg Baerbock in ihrer Haltung, „Putin und seinem aggressiven Regime nicht alles durchgehen zu lassen.“ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat bereits Baerbocks „klare Antwort“ an Moskau verteidigt.
Baerbock laut Umfragen ungeeignet
Dass die neue Bundesregierung auf das Ergebnis des Gerichtsprozesses zum Mord am georgischen Staatsbürger tschetschenischer Herkunft Selimchan Changoschwili (auch bekannt als Tornike Kavtarashvili) im Berliner Tiergarten reagieren wird, war zu erwarten und lässt nur wenige staunen. Das sei nur die erste Reaktion gewesen, wünscht sich Müller-Vogg. Baerbock und die Ampel-Koalition müssten „auf diesen Akt staatlichen Terrors auf deutschem Boden“ schärfer reagieren als mit den üblichen diplomatischen Methoden, forderte er weiter.
Das mediale Lob dürfte auf Baerbock etwas tröstlich wirken, denn laut aktuellen Umfragen,

halten 60 Prozent der Deutschen die 40-Jährige für eine ungeeignete Außenministerin. Das birgt für die Außenministerin wohl die Risiken in sich, in ihrer „wertebasierten“ Außenpolitik unglaubwürdig aufzutreten, sollten ihre politischen Botschaften und Drohungen aus Sicht der deutschen Bevölkerungsmehrheit einseitig bleiben und die „Partner“ verschonen, wie es bei der NSA-Affäre oder der Drohnen-Jagd auf die Terroristen im Nahen Osten durch die USA der Fall war.

Ähnlicher Fall mit anderen Konsequenzen

Zum ermordeten Changoschwili lassen sich in der bundesdeutschen Geschichte Parallelen auffinden, wo die Reaktion der Bundesregierung ganz anders ausgefallen war. Worum geht es jetzt? Aus dem Urteil des Berliner Gerichts geht hervor, dass der ehemalige Tschetschenien-Kämpfer während des Zweiten Tschetschenienkrieges mehrere Jahre lang eine Miliz im Kampf gegen Russland angeführt und insgesamt eine ablehnende Haltung zum russischen Zentralstaat gehabt habe. Da die tschetschenischen Separatisten auch nicht vor Terroraktionen gegen die Zivilbevölkerung zurückschreckten, wurden sie in Russland mit Terroristen gleichgesetzt.

Der Angeklagte Vadim Sokolow soll mit Changoschwili einen von diesen Miliz-Anführern im Auftrag einer staatlichen Stelle in Russland ermordet haben. Darum wird Sokolov jetzt mit einer lebenslangen Haft dafür bestaft und der russische Staat rechnet mit Konsequenzen. Aus Sicht Berlins eine angemessene Reaktion einer an bestimmten Werten orientierten Regierung. Interessanterweise hat aber eine deutsche Bundesregierung zuvor Mordkommandos des ehemaligen Jugoslawiens auf dem bundesdeutschen Boden geschont. Ein Gerichtsprozess enthüllte 2015, dass jugoslawische Agenten in Deutschland kroatische Separatisten gejagt hatten. Das Bundeskriminalamt zählte von 1962 bis 1977 vier Morde, acht Mordversuche und 20 versuchte oder vollendete Sprengstoffanschläge, die Gegner des jugoslawischen Staatschefs Josip Broz Tito in der Bundesrepublik verübten.

Die Hintergründe der Gewalttaten wurden selten aufgeklärt, aber vor allem brachte der seinerzeitige Prozess einen heiklen politischen Punkt ans Licht: Die Bundesregierung übersah offenbar bewusst jugoslawische Verbrechen in Westdeutschland – um die guten Beziehungen zu Belgrad nicht zu belasten.

Seit dem Prozess sind sechs Jahre vergangen, aber er setzte ein wichtiges Zeichen gegen die politische Heuchelei unserer Tage. Die Bevölkerung kann solche Doppelstandards offenbar ziemlich gut erkennen – viel besser scheinbar als manchen journalistischen und politischen Eliten lieb ist – und ist in der Lage, einen Volksdiener oder eine Volksdienerin leicht mit Vertrauensentzug zu bestrafen. Für die „wertebasierte“ Außenpolitik von Baerbock könnte es jetzt bedeuten: Konsequenzen auch bei Partnern, keine Ausnahmen machen, sich selbst hinterfragen. Als Anfang könnte die Bundesregierung z.B. im Fall Julian Assange mehr Druck auf die USA ausüben, statt das Thema am Rande des G7-Außenministertreffens kurz zu erwähnen. Erst dann ließe sich beurteilen, ob sich Deutschland mit einer Außenministerin wie Annalena Baerbock einen Gefallen getan hat oder nicht.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0c/10/4715116_0:0:3075:1731_1920x0_80_0_0_187ee60c3fa70bfc1d1b893cb29a5fa9.jpg

de.rt.com: **Syrien: Drohnen greifen illegalen US-Stützpunkt an**

Ein völkerrechtswidrig errichteter Stützpunkt der US-Armee wurde in Südsyrien von Drohnen angegriffen. Der Stützpunkt war in den vergangenen Monaten bereits mehrmals zum Ziel solcher Angriffe geworden.

Das US-Militär hat gemeldet, dass sie eine kleine Drohne abgeschossen habe, die angeblich die US-Garnison im südsyrischen at-Tanf "bedrohte", während eine zweite Drohne davongeflogen sein soll. Ein Sprecher der US-Armee erklärte Reportern dazu am Donnerstag: "Zwei unbemannte Flugsysteme (UAS) wurden am Abend des 14. Dezember beim Eindringen in die Konfliktzone der at-Tanf-Garnison gesichtet. Als eine der Drohnen ihren Kurs tiefer in die Deeskalationszone von at-Tanf fortsetzte, wurde sie als in feindlicher Absicht handelnd eingestuft und abgeschossen."

In der Nähe der syrischen Stadt at-Tanf befindet sich ein Stützpunkt der US-Armee, der völkerrechtswidrig ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus dort errichtet wurde.

Das US-Militär machte keine näheren Angaben zur Art der von den Drohnen ausgehenden Bedrohung und dazu, ob sie Sprengstoff oder andere Waffen mit sich führten oder nicht. Der Sprecher gab an, dass bei dem versuchten Eindringen keine Opfer zu beklagen gewesen seien und der Stützpunkt nicht beschädigt worden sei.

Ein weiterer Vertreter des der US-Army erklärte, die zerstörte Drohne sei bei einem Luftangriff abgeschossen worden und habe sich dem Außenposten nicht so weit genähert, dass sie die schätzungsweise 200 dort stationierten US-Soldaten bedroht hätte. Der Sprecher sagte, beide Drohnen würden vermutlich von "von Iran unterstützten schiitischen Milizen" betrieben, die in der Region operieren. Der letztgenannte Begriff ist in der Regel eine Pentagon-Chiffre für die Hisbollah. Die libanesische militante Gruppe war von Damaskus nach Syrien eingeladen worden, um bei der Bekämpfung der vom Ausland unterstützten dschihadistischen Gruppen im letzten Jahrzehnt zu helfen.

Bereits Anfang dieses Monats hatten syrische Medien berichtet, dass bei einem anderen Vorfall mehrere Explosionen in der Basis zu hören gewesen waren. In den letzten Monaten hatte das Pentagon sich über mehrere "gezielte und koordinierte" Versuche beklagt, den Stützpunkt mit Drohnen und Raketen anzugreifen. Bei einem Angriff am 20. Oktober war die Anlage Berichten zufolge stark beschädigt worden, wobei es keine Verletzten gab.

Die Garnison at-Tanf liegt im Süden Syriens nahe der Grenze zum Irak und Jordanien an der strategisch wichtigen Fernstraße M2 auf der Stecke Bagdad-Damaskus. Sie ist seit 2016 von US-Truppen besetzt. Seitdem forderten Syrien und seine Verbündeten wiederholt den Rückzug Washingtons aus dem illegalen Außenposten und warfen Washington vor, die Einrichtung zur Umschulung "ehemaliger" terroristischer Kämpfer zu nutzen, um ihren

Kampf gegen die Regierung in Damaskus fortzusetzen.
Die illegale US-Präsenz in at-Tanf wird ergänzt durch die Besetzung weiter Teile der Öl- und Gasgebiete im Nordosten des Landes, östlich des Euphrats, wo US-Truppen an der Seite ihrer syrisch-kurdischen Verbündeten operieren, den sogenannten Demokratischen Kräften Syriens. Damaskus hatte den USA mehrmals vorgeworfen, diese Gebiete absichtlich zu halten, um den Wiederaufbau des Landes zu erschweren. Zudem hatte Syrien Washington beschuldigt, illegal Öl und Lebensmittel aus den von ihm besetzten Gebieten zu schmuggeln. Die US-Regierung wies diese Vorwürfe zurück.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bb7ec048fbef3f53276863.jpeg

snanews.de: **EU-Parlament fordert von russischen Militärs Rückzug von Territorien an Grenze zur Ukraine**
Das Europäische Parlament hat laut einer Mitteilung von Donnerstag mehrheitlich die „stark wachsende“ Präsenz des russischen Militärs nahe der Grenze zur Ukraine verurteilt und Sanktionen, darunter auch einen Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Zahlungssystem, im Fall einer möglichen Eskalation in Aussicht gestellt.
„Die EU muss bereit sein, Russland eine deutliche Warnung zukommen zu lassen, dass militärische Feindseligkeiten gegen die Ukraine nicht nur inakzeptabel sind, sondern auch einen hohen wirtschaftlichen und politischen Preis haben werden“, hieß es.
Von den Sanktionen sollten demnach die Militärs betroffen werden, welche an der Planung einer möglichen Invasion beteiligt seien. Auch die Oligarchen „im Umfeld des russischen Präsidenten und ihre Familien“ sollten bestraft werden.
Eine weitere Option wäre, Russland aus dem SWIFT-Zahlungssystem auszuschließen, Finanz- und Sachwerte in der EU einzufrieren und ein Reiseverbot einzuführen, hieß es weiter.
„Die EU-Länder müssen bereit sein, sich rasch auf strenge wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen die russische Regierung zu einigen“, so die Mitteilung.
Außerdem hatten die Abgeordneten die EU aufgefordert, die Abhängigkeit von russischen Energie-Importen zu reduzieren und eine stärkere Energiesolidarität mit der Ukraine zu zeigen. Eine weitere Forderung sei, dass die deutsch-russische Gasleitung Nord Stream 2 nicht in Betrieb genommen werden sollte, „unabhängig davon, ob sie irgendwann die Bestimmungen der EU-Gasrichtlinie erfüllt“.
In der letzten Zeit berichten westliche Medien verstärkt über eine „russische Invasion“ in die Ukraine. Kiew gab zunächst an, keinen Truppenaufbau in der Nähe der ukrainischen Grenzen zu registrieren. Dann aber fingen die ukrainischen Behörden an, zu behaupten, Moskau habe Pläne, das Nachbarland anzugreifen.
Russland hatte diese Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und betont, dass sie hauptsächlich

als Vorwand dienen würden, um mehr Streitkräfte und Ausrüstung der Nato an die Grenzen des Landes zu bringen. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland keine aggressiven Pläne hegen und niemanden angreifen würde. Es würde aber seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedrohe ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen.
Der Außenminister Sergej Lawrow wiederum stellte fest, dass die Zahl der westlichen Ausbilder in der Donbass-Region im Osten der Ukraine zugenommen habe. Dies könnte, so Lawrow, die ukrainischen Behörden „zu militärischen Abenteuern“ provozieren, was eine direkte Bedrohung der Sicherheit Russlands darstellen würde.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/02/52515_0:0:3077:1731_1920x0_80_0_0_2b2b0b70f67fcd95c0c5de6a465e1f50.jpg

snanews.de: **Zwei nützliche Treffen in Wien zur Lösung des iranischen Atom-Problems**
Die Teilnehmer der Verhandlungen über die Umsetzung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplanes (JCPOA) zur Lösung des iranischen Atom-Problems sind am Donnerstag in Wien zu Konsultationen zusammengekommen. Es habe zwei nützliche Treffen gegeben, teilte Michail Uljanow, Russlands ständiger Vertreter bei internationalen Organisationen in Wien, mit.
„Das trilaterale Format Russland-China-Iran hat sich im Kontext der JCPOA-Verhandlungen schon lange als äußerst effektiv bewährt“, sagte Uljanow, ohne auf Details dieser Unterredung einzugehen.
Zudem seien die JCPOA-Partner (mit Ausnahme des Irans) zu einem informellen Treffen zusammengekommen. Erörtert worden seien mehrere Fragen, bei denen die Positionen und Einschätzungen der Seiten nicht unbedingt übereinstimmten. „Aber der Meinungsaustausch war nützlich“, schrieb Uljanow im Kurznachrichtendienst Twitter.
Die siebte Runde der Wiener Verhandlungen über die Wiederbelebung des Aktionsplanes war Ende November gestartet. Das Hauptanliegen war die Aufhebung der gegen Teheran verhängten Sanktionen. Am 3. Dezember nahmen die Gesprächspartner eine Pause, um über die vom Iran vorgelegten Varianten zur Lösung des Problems zu beraten. Die Verhandlungen wurden am 9. Dezember wiederaufgenommen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/04/06/1587931_0:253:2265:1527_1920x0_80_0_0_3dc9ee6fea265a4accf96267067f2527.jpg

vormittags:

snanews.de: **EU verlängert erneut Sanktionen gegen Russland**
Die EU-Staats- und Regierungschefs haben auf dem EU-Gipfel in Brüssel einstimmig für die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland gestimmt, wie der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel in den sozialen Netzwerken am Freitag mitteilte.
„Die Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates haben einstimmig beschlossen, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verlängern“, so Michel via Twitter. Sollte Russland weitere militärische Maßnahmen gegen die Ukraine ergreifen, werde dies massive Konsequenzen und hohe Kosten nach sich ziehen, hieß es weiter.
„Wir fordern Russland auf, seinen Teil der Abmachung einzuhalten und die Umsetzung von Minsk (Minsker Vereinbarungen – Anm. d. Red.) voranzutreiben“, schrieb der Politiker.
EU-Sanktionen gegen Russland
Als Reaktion verhängte Russland im August 2014 ein Embargo für die Einfuhr von Fleisch-, Fisch- und Milchprodukten sowie von Obst und Gemüse aus den EU-Ländern und den USA. Der Kurs auf Importsubstitution aus der EU trug zum Ausbau von Produktionskapazitäten der entsprechenden Industrien in Russland maßgeblich bei, wodurch auch die Abhängigkeit des Landes von den Ausfuhren verringert wurde. Die Vorteile dieser Politik bewährten sich während der Coronavirus-Pandemie, als die Grenzen geschlossen wurden und der internationale Handel zum Erliegen kam.
Die EU-Wirtschaftssanktionen, die seit Juli 2014 alle sechs Monate verlängert werden, richten sich gegen den Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor Russlands. Insbesondere wird für einige russische Banken und Unternehmen der Zugang zu den primären und sekundären Kapitalmärkten der EU eingeschränkt und die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck verboten. Auch der Zugriff auf eine Reihe von EU-Technologien und Dienstleistungen für Ölförderung und –exploration wird für Russland eingeschränkt.
Bedingungen für Aufhebung von Sanktionen
Die Verlängerung der Sanktionen ist an die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen (Minsk-I) geknüpft. Diese sehen einen Waffenstillstand und den Abzug der Waffen aus dem Donbass vor sowie eine tiefgreifende Verfassungsreform in der Ukraine, die zu einer Dezentralisierung der Macht führen sollte, wobei der Sonderstatus bestimmter Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk zu wahren ist.
Das im Februar 2015 unterzeichnete Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen (Minsk-II) ist bisher nicht umgesetzt worden. Russland bekundete wiederholt

sein Engagement für die Vereinbarungen von 2015, die Moskau als alternativlosen Rahmen für die Lösung des internen Konflikts in der Ukraine betrachtet. Kiew weigert sich hingegen, den politischen Teil des Abkommens umzusetzen.

Ukraine gegen Minsker Abkommen

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski besteht auf der Revision der Minsker Vereinbarungen, was er mehrfach erläuterte. Selenski bezeichnete diese als überholt und betonte, dass ein direkter Dialog zwischen Kiew und den selbsternannten Donezker und Luganskер Republiken (DNR und LNR) unmöglich sei.

In letzter Zeit häufen sich zudem die Verstöße gegen die Waffenstillstandsvereinbarung im Donbass seitens der Ukraine. Laut dem aktuellen Tagesbericht vom Dienstag verzeichnete die OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine (SMM) in den vergangenen 24 Stunden 253 Verletzungen der Waffenruhe in den Regionen Donezk und Luhansk, darunter 29 Explosionen.

Die ukrainische Armee zieht Panzer und andere militärische Ausrüstung aus den Zufahrten zur DNR ab, während mehrere westliche Staaten Waffenlieferungen für Kiew zustimmten und Kämpfer unter Deckmantel von Ausbildern in die Ukraine entsendeten.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/16/4054128_0:141:3143:1908_1920x0_80_0_0_c0460a2b4d36fedc28ba765ad8db22ad.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Medienbericht - Russland will Kryptowährungen verbieten**

Die russische Zentralbank und die Gesetzgeber des Landes wollen Kryptowährungen im Lande verbieten, um die finanzielle Stabilität Russlands zu gewährleisten. Die Zentralbank plant außerdem, in Kürze einen Digitalen-Rubel einzuführen, der den Papier-Rubel ergänzen soll.

Die russische Zentralbank will Kryptowährungen im Land verbieten. Das berichtete Reuters unter Berufung auf Quellen, die der Aufsichtsbehörde nahe stehen.

Den Meldungen zufolge betrachtet die Regulierungsbehörde die steigende Zahl von Krypto-Transaktionen als Risiko für die finanzielle Stabilität des Landes.

Digitale Vermögenswerte haben in Russland einen legalen Status, können aber nicht als Zahlungsmittel verwendet werden, da die Regierung glaubt, dass sie zur Geldwäsche oder zur Finanzierung des Terrorismus eingesetzt werden könnten.

Laut Reuters diskutiere die Zentralbank nun mit Marktteilnehmern und Experten über ein mögliches Verbot. Sollte die Maßnahme genehmigt werden, könnte sie für neue Krypto-Käufe gelten, nicht aber für bestehende Portfolios.

Die derzeitige Position der russischen Zentralbank sei den Berichten zufolge eine "vollständige Ablehnung" aller Kryptowährungen.
Als Reuters die Bank um einen Kommentar bat, teilte diese mit, dass sie einen Beratungsbericht vorbereite, wo sie ihre Position zu diesem Thema darlegen werde.
Nach Angaben der Zentralbank beläuft sich das jährliche Volumen der von russischen Bürgern durchgeführten Kryptowährungstransaktionen auf 5 Milliarden US-Dollar. In einem Bericht über die Finanzstabilität, der im November 2021 veröffentlicht wurde, schrieb die Regulierungsbehörde, die Russen gehörten zu den weltweit aktivsten Teilnehmern am Kryptowährungsmarkt.
Im Oktober hatte der stellvertretende russische Finanzminister Alexei Moisejew erklärt, dass es keine Pläne gäbe, den Kauf von Kryptowährungen im Ausland oder die Nutzung von Krypto-Wallets im Ausland zu verbieten.
Russische Medien hatten dann im November berichtet, dass die Regierung Krypto-Miner besteuern wolle, da sie das Mining als geschäftliche Tätigkeit ansehe und die Anerkennung als solche es den Behörden erlauben würde, den Sektor zu regulieren und Steuern zu erheben.
Die Zentralbank plant den Berichten zufolge auch die Ausgabe einer eigenen digitalen Währung.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bc396148fbef422862b17a.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. Dezember 3:00 Uhr bis 17. Dezember 3:00 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Wesjoloje.**
Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde in allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen erfolgte unverändert die Antwort: wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.
Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 6.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **UN-Erklärung ge**gen Verherrlichung des Nazismus: USA und Ukraine dagegen – Deutschland enthält sich

Die UN-Generalversammlung hat eine von Russland eingebrachte Erklärung zur Verurteilung des Nazismus, Neonazismus und Rassismus angenommen. Die USA und die Ukraine stimmten dagegen. Weitere 49 Länder, meist US-Verbündete, enthielten sich – auch Deutschland.

Die UN-Generalversammlung hat eine Resolution zur "Bekämpfung der Verherrlichung von Nazismus, Neonazismus und anderen Praktiken", die zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz beitragen, mit 130 Stimmen angenommen. Dies teilte die Ständige Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen am Freitag mit.

"Eine Plenarsitzung der 76. UN-Generalversammlung hat die von Russland eingebrachte Erklärung 'Bekämpfung der Verherrlichung von Nazismus, Neonazismus und anderen Praktiken, die dazu beitragen, zeitgenössische Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz zu schüren' wurde mit 130 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und 49 Enthaltungen angenommen."

Dem Tweet der russischen UN-Diplomaten ist eine Grafik mit den Namen und dem Abstimmungsverhalten der Staaten beigefügt. Die einzigen Gegenstimmen kamen von den USA und der Ukraine. Weitere 49 Staaten, die meisten davon US-Verbündete, enthielten sich der Stimme – auch Deutschland.

In der von Russland eingebrachten und von mehr als 30 weiteren UN-Mitgliedern unterstützten Erklärung wird die Besorgnis über jede Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus zum Ausdruck gebracht. Dies schließt die Errichtung von Denkmälern ebenso ein wie das Abhalten öffentlicher Paraden zu Ehren von Waffen-SS-Kampfeinheiten des deutschen Militärs sowie die Verklärung von nationalen SS-Legionen in besetzten Ländern zu nationalen Befreiungsbewegungen. Mit der Erklärung wird allen Staaten empfohlen, "gemäß ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung im Bereich der Menschenrechte" angemessene und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, "darunter in den Bereichen Gesetzgebung und Bildung, um Revisionen der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und Leugnung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen, die in der Zeit des Zweiten Weltkrieges begangen wurden, zu verhindern."

Russland kritisiert seit langem, dass die Ukraine und die drei baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland Personen und Organisationen ehren, die während des Zweiten Weltkriegs mit Nazideutschland in Verbindung standen. Die von 130 Staaten mitgetragene Erklärung verurteilt folgerichtig jegliche Vorfälle, die mit der Heroisierung und Propaganda des Nazismus zu tun haben, teilte ein Korrespondent der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit. Dazu gehören auch Graffiti mit einschlägig nazistischem Inhalt an Denkmälern der Opfer des Zweiten Weltkrieges.

In der Resolution werden die Mitgliedstaaten außerdem aufgefordert, "alle Formen der Rassendiskriminierung mit allen geeigneten Mitteln, einschließlich der Gesetzgebung, zu beseitigen". Auch wird festgestellt, dass Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung – wie "Neonazismus, Islamophobie, Christenfeindlichkeit und Antisemitismus" – nicht nur den jeweils betroffenen Gruppen, sondern der Gesellschaft im Allgemeinen schadet.

Spätestens seit dem Jahr 2015 bringt Russland bei der UN ähnliche Erklärungen ein, die von den USA wiederholt abgelehnt werden.

Im vergangenen Jahr argumentierte Washingtons Gesandter bei den Vereinten Nationen, dass ein Verbot der Verherrlichung des Nationalsozialismus gegen den ersten Zusatzartikel der US-Verfassung zum Schutz der Meinungsfreiheit verstoßen würde. Die USA warfen Moskau zudem vor, die Resolution nutzen zu wollen, um "Desinformationsnarrative" über

Neonazismus in den baltischen Staaten und der Ukraine zu verbreiten.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bc410e48fbef4be30dcafd.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 17. Dezember um 9:00 Uhr 21.194 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
473 Personen sind derzeit erkrankt, 17.698 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3023 Todesfälle.

snanews.de: **Russischer Diplomat warnt Europa vor Hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen schon diesen Winter**
Der russische Afghanistan-Gesandte Samir Kabulow hat die internationale Gemeinschaft vor einer massiven Flucht der Afghanen nach Europa noch in diesem Winter gewarnt, falls die wirtschaftliche und humanitäre Krise in Afghanistan, die das Land nach der Machtergreifung durch die radikal-islamistischen Taliban erleidet, nicht überwunden wird.
Kabulow rief zur Freistellung des von westlichen Institutionen eingefrorenen afghanischen Vermögens auf.
„Der Westen hat Angst vor Migrationsfluten. Wir sagen ihnen, dass wegen der Hindernisse, die sie selber erdacht haben, wenn sogar die Strukturen der Vereinten Nationen keine Zahlungen entrichten können, können sie sich in einer Situation wiederfinden, dass etwa ein Neuntel der 23 Millionen starken Bevölkerung Afghanistans diesen Winter nach Europa läuft“, sagte Kabulow am Freitag in einem Interview.
Nachdem die Taliban Kabul eingenommen hatten, froren westliche Banken auf Anweisung der USA ausländische Vermögenswerte Afghanistans ein, und das Land wurde auch vom SWIFT-Zahlungssystem getrennt.
„Lasst uns afghanisches Geld freistellen. Wir müssen alles tun, damit Hunderttausende Familien das Land nicht verlassen müssen – wir müssen ihnen helfen, damit sie nicht versuchen, über alle Grenzen, wo sie beraubt werden, nach Europa durchzubrechen, weil sie sowieso durchbrechen werden“, sagte der Diplomat.
Anfang August hatten die Taliban vor dem Hintergrund des internationalen Truppenabzugs aus Afghanistan eine großangelegte Offensive gegen die Regierungstruppen gestartet, alle afghanischen Großstädte und Grenzübergänge unter ihre Kontrolle gebracht und das Ende des 20 Jahre langen Krieges verkündet.
Am 31. August haben die USA ihren Afghanistan-Einsatz nach knapp 20 Jahren beendet. Am 6. September erklärten die Taliban auch Pandschir, die letzte der insgesamt 34 Provinzen, die noch Widerstand leistete, für erobert. Kurz danach proklamierten die Taliban die Übergangsregierung. Zum amtierenden Regierungschef wurde Mullah Hassan Achund bestimmt - er war Außenminister während der ersten Talibanherrschaft von 1996 bis 2001 und

befindet sich unter Sanktionen der Vereinten Nationen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0c/11/4721004_0:0:3195:1798_1920x0_80_0_0_d3159bb7461272e6ffa8fa794388c01b.jpg

Mzdnr.ru: Am 16. Dezember wurden in der DVR 1180 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 258 positiv, bei 72 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.
In den letzten 24 Stunden wurden 60 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 10 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 50 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1087 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 754 mit Sauerstoffunterstützung (+16 in den letzten 24 Stunden).
Am 17. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 115.945 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
3256 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 103.788 als gesund entlassen, es gibt 8901 Todesfälle.

de.rt.com: **Trotz russischer Einwände: NATO verspricht weitere Expansion**
Während die Spannungen zwischen Russland und der von den USA geführten NATO weiter zunehmen, hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, dass es keine Rolle spiele, was Russland in Bezug auf die Mitgliedschaft anderer Nationen in der Organisation wolle, und dass die NATO expandieren werde, wo sie wolle.
Die NATO-Erweiterung wird weitergehen – ob das Russland gefällt oder nicht. Der Generalsekretär des von den USA geführten Blocks, Jens Stoltenberg, hat erklärt, dass seine Organisation trotz der Einwände Moskaus keine Bedrohung darstelle.
Auf einer Pressekonferenz am 16. Dezember sprach Stoltenberg die Möglichkeit einer ukrainischen Mitgliedschaft an, auf die Kiew gedrängt hatte, die aber vom russischen Präsidenten Wladimir Putin als "rote Linie" bezeichnet worden war.
Der ehemalige norwegische Ministerpräsident sagte, dass die Entscheidung, ob die Ukraine der NATO beitritt, bei den Mitgliedsstaaten und der Führung des Blocks liege und dass Moskau keinen Einfluss auf diese Entscheidung haben sollte. Er betonte auch, dass die NATO die osteuropäische Nation bereits militärisch unterstütze. Stoltenberg erklärte:
"Die NATO-Länder bilden bereits ukrainische Truppen aus und beraten sich mit ihnen. Sie führen gemeinsame Übungen durch und stellen militärischen Nachschub und Technologie zur Verfügung. Die Unterstützung der NATO für die Ukraine stellt keine Bedrohung für Russland dar."
Stoltenberg fügte hinzu, dass eine mögliche Partnerschaft mit der Ukraine der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des kommenden NATO-Gipfels im Juni 2022 in Madrid sein

werde. Zu der Frage, ob der Block weiter wachsen wird, sagte er:
"Die NATO setzt den Prozess der Erweiterung fort. Wir haben bereits Montenegro und Nordmazedonien übernommen, ungeachtet der Proteste Russlands."
Er versicherte, dass die NATO keine Kompromisse mit Moskau eingehen werde. Russland hatte die NATO zuvor aufgefordert, ihr Versprechen aus dem Jahr 2008, die Ukraine und Georgien "rechtzeitig" aufzunehmen, noch einmal zu überdenken.
Der Beamte betonte, er wolle einen substanziellen Dialog mit Russland führen. Der Kreml hat jedoch erklärt, dass dies praktisch unmöglich sei, seit die NATO im Oktober eine Gruppe russischer Diplomaten aus Brüssel ausgewiesen und damit Moskaus ständige Vertretung bei der Organisation geschlossen hat.
Nach einem virtuellen Treffen mit Putin Anfang des Monats forderte auch der US-Präsident Joe Biden Gespräche, um die Spannungen zwischen der NATO und Russland abzubauen. Bloomberg hatte daraufhin berichtet, dass mehrere osteuropäische Mitglieder des Militärblocks mit Bidens Vorschlag unzufrieden seien, da sie befürchteten, dass der US-amerikanische Regierungschef zu Zugeständnissen bereit sei, die "die Bewegungsfreiheit der NATO einschränken" würden, wie es ein anonymer Diplomat ausdrückte.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bc5493b480cc642304d43e.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Polnischer Soldat bittet Weißrussland um Asyl – wegen Umgangs seiner Heimat mit Migrationskrise**
Am Donnerstagabend ist ein polnischer Soldat illegal nach Weißrussland, Grenzregion Grodno, eingedrungen. Wegen Nichteinverständnises mit dem Verhalten seines Landes im Laufe der jüngsten Migrationskrise möchte er im Nachbarland Asyl ersuchen.
Ein Angehöriger des polnischen Militärs hat am Donnerstagabend die Grenze zu Weißrussland überquert, wobei er den Sollweg über den Grenzkontrollpunkt umging. Dies meldet das weißrussische Komitee für Grenzschutz. Der Soldat sagte aus, mit seiner Einheit im Laufe der Migrantenkrise an die Grenze zwischen Weißrussland und Polen in diesen Grenzabschnitt verlegt worden zu sein und an den Grenzsicherungsaktionen des polnischen Militärs teilgenommen zu haben:
"Gestern, am 16. Dezember um 17.50 Uhr, wurde von einer weißrussischen Grenzschutzpatrouille nahe des Kontrollpunkts Tuschemlia der Grenzschutzgruppe Grodno nahe der weißrussisch-polnischen Grenze ein Soldat der polnischen Streitkräfte angehalten – ein im Jahr 1996 geborener Emil Czeczko."
"Der Mann erklärte, er sei Soldat des 11. Masurischen Artillerieregiments der 16.

Pommerschen König-Kasimir-Division, deren Untereinheiten während des Ausnahmezustands in den Grenzgebieten Polens zur Sicherung des Grenzabschnitts zu Weißrussland beordert wurden."
Im Grenzstreifen von den weißrussischen Grenzschutztruppen gestellt soll der junge Mann unverzüglich um politischen Schutz gebeten haben, da er den Umgang der Regierung seines Landes mit oben erwähnter Krise nicht gutheißen könne:
"Aufgrund seiner Missbilligung der aktuell von Polen geführten Politik bezüglich der Migrationskrise und der Praxis einer unmenschlichen Behandlung der Flüchtlinge beantragte der Soldat politischen Schutz in der Republik Weißrussland."
Ob der Soldat in Uniform und mit Dienstwaffe desertierte oder ob sein Asylantrag bereits bearbeitet wird, geht aus der Meldung der weißrussischen Grenzschützer nicht hervor.
RT erinnert: Bei der Ende Sommer entbrannten Flüchtlingskrise an der Grenze der beiden Staaten setzten polnische Sicherheitskräfte Wasserwerfer sowie Lärm- und Blendgranaten ein, um die Menschenmenge zurückzudrängen. Im Anschluss an den Einsatz der Wasserwerfer, bei denen eine orangefarbene Flüssigkeit versprüht wurde, meldeten Flüchtlinge Verbrennungen der Augen und der Haut sowie Atemwegsverletzungen. Das weißrussische Ermittlungskomitee stellte am Ort des Geschehens hohe Konzentrationen von Pestiziden fest, vor allem Deltamethrin.
Polens Umgang mit den Flüchtlingen sorgte unter anderem vonseiten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International für heftige Kritik. Dort wies man darauf hin, dass Polen mit der Weigerung, jeden Asylantrag individuell zu bearbeiten, gegen europäisches Recht und das Völkerrecht verstoße.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bc694548fbef3d2e23104d.JPG

snanews.de: **Neue Schutztechnologie für Kernreaktoren in Russland entwickelt**
Forscher an der polytechnischen Universität Tomsk haben die Lösung eines akuten Problems eines weit verbreiteten Kernreaktortyps gefunden. Die von ihnen entwickelte Beschichtung für die Hüllen nuklearer Brennelemente soll deren Korrosionsbeständigkeit deutlich steigern und das Leckrisiko nahezu ausschließen.
Die Ergebnisse der Entwicklungsarbeit wurden im Fachjournal „Materials Letters“ veröffentlicht.
Laut den Forschern wird bei einer Überhitzung des Wasser-Reaktors eine Reaktion zwischen Wasserdampf und den Zirkoniumhüllen der Brennelemente ausgelöst, wobei explosionsgefährlicher Wasserstoff freigesetzt wird. Dadurch entsteht eine Leckgefahr, da die Zirkoniumhüllen undicht werden können. Die neu entwickelte Beschichtung ermöglicht es, die Hüllen vor der Zerstörung zu schützen.
Eine solche Oberhülle aus Siliziumkarbid, das wärme- und korrosionsbeständig ist, ist

zuverlässig, umweltfreundlich und kostengünstig, und lässt sich leicht auftragen.
Zur Kontrolle der Schutzhüllen für Zirkoniumlegierungen wird eine Ultraschall-Tomographie-Methode angewendet.
Das Forscherteam will die neue Schutzhülle weiter verbessern und Methoden zur Beschichtung von Erzeugnissen mit einer komplizierteren Form entwickeln.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/06/08/2424024_0:201:2927:1847_1920x0_80_0_0_075efebf16bac3014da888d0a258c47a.jpg

de.rt.com: **Südafrikanische Krankenhauseinweisungen trotz Omikron-Welle deutlich zurückgegangen**
Es wird vermutet, dass die Omikron-Variante von COVID-19 zuerst in Südafrika aufgetaucht ist. Trotz erheblicher und weit verbreiteter Panik vor dieser Variante in Europa und den Vereinigten Staaten hat sie sich in Südafrika bisher als sehr mild erwiesen.
Der südafrikanische Gesundheitsminister hat einige ermutigende COVID-Neuigkeiten verkündet, die darauf hindeuten, dass die Omikron-Variante viel weniger Krankenhausaufenthalte verursacht als frühere Stämme des Virus – und das, obwohl sie weitaus ansteckender ist.
Am 17. Dezember sagte der südafrikanische Gesundheitsminister Joe Phaahla, dass die Zahl der Krankenhauseinweisungen während der aktuellen Infektionswelle, die durch die hochansteckende Omikron-Variante ausgelöst wurde, niedriger war als während der dritten Welle zu Beginn dieses Jahres.
Nur 1,7 Prozent der bestätigten COVID-19-Fälle in der zweiten Woche der aktuellen vierten Welle hätten zu einem Krankenhausaufenthalt geführt. Das sei wenig im Vergleich zu 19 Prozent der Patienten, die einst in der zweiten Woche der dritten Welle mit der Delta-Variante ins Krankenhaus eingeliefert worden seien, sagte Phaahla während einer Online-Pressekonferenz. Er fügte außerdem hinzu, dass die in der vierten Welle aufgenommenen Patienten "ziemlich milde" Symptome aufwiesen.
Der Minister warnte jedoch, dass diese neue Variante mehr Krankheitsfälle verursache als frühere COVID-19-Stämme. Er sagte, es gebe aktuell etwa 20.000 Fälle pro Tag, verglichen mit 4.400 Fällen pro Tag während der zweiten Woche der dritten Welle.
Er behauptete auch, dass die Fallzahlen in einigen Gebieten ihren Höhepunkt erreicht haben könnten, darunter Gauteng, die im Highveld gelegene Provinz mit den Großstädten Johannesburg und Pretoria. Dort hatten die südafrikanischen Behörden die Omikron-Variante erstmals identifiziert.
Phaahla behauptete zudem, dass alle neun südafrikanischen Provinzen bereits von der neuen Variante erfasst worden seien.
Omikron hat sich inzwischen über den ganzen Globus ausgebreitet und grassiert besonders in

Großbritannien, wo es jüngst zu einer neuen Welle von Infektionen gekommen ist. Wissenschaftler sagen, dass der neue Stamm in der Lage sei, sich der Immunität zu entziehen, die durch bestehende Impfstoffe und frühere Infektionen mit einer anderen Variante erreicht wurde. Das wiederum hatte Großbritannien dazu veranlasst, seine ehrgeizige Auffrischungskampagne zu verstärken.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bc85b848fbef2f0c772ed4.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 11. bis 17. Dezember 2021**
In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes
Kämpfer der 56. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Peski aus sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **Wesjoloje** abgefeuert.
In der letzten Woche wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, Granatwerfern verschiedener Art beschossen und er hat Drohnen des Typs „Oktokopter“ mit angehängten Sprengeinrichtungen eingesetzt.
Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **fünf Ortschaften**: Staromichajlowka, Leninskoje, Bajrak, Wesjoloje und die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk.
Außerdem haben Einheiten der elektronischen Kriegsführung und der Luftabwehr der Volksmiliz **einen weiteren Akt der Aggression des Gegners gegen Einwohner des Donbass verhindert.** Am 10. Dezember hat eine Mannschaft einer Funkblockadestation „Terrikon M2N“ im Gebiet der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks in Donezk **rechtzeitig eine feindliche Drohne** des Typs „Walkirija“ der 54. Brigade **entdeckt und zum Landen gezwungen.** Nach vorläufigen Informationen hat der Gegner mit Hilfe dieser Drohne Aufklärung betrieben und Daten für die Feuereröffnung beschafft.
Beobachter der OSZE-Mission stellen immer öfter Beweise für Kriegsverbrechen der ukrainischen Kämpfer fest.
So hat eine Patrouille der Mission am 12. Dezember Fragmente einer RPG-7-Granate festgestellt, die von ukrainischen Kämpfer von den Positionen der 95. Brigade aus auf eine allgemeine Straße am Rand von Gorlowka abgeschossen worden war, auf der sich täglich friedliche Einwohner bewegen.
Am 13. Dezember hat eine Patrouille der Mission in der Ortschaft des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka fünf Durchschüsse an Fenstern an einem zweistöckigen Mehrparteienwohnhaus in der Uliza Stoshka aus Richtung Norden bemerk und auf einer Straße in der Nähe einen Krater. Nach genaueren Informationen entstanden die Schäden in der Folge von Mörserfeuer von

Seiten der 95. Brigade am 6. Dezember.
In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer 78 Stück **Waffen und Militärtechnik in 19 Ortschaften stationiert.**
Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:
sechs 82mm-Mörser „Wassilek“ auf dem Gebiet eines Objekts in Konstantinowka;
zwei Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nelepowka;
ein Abwehrgeschütze SU-23 in einem Wohngebiet von Oserjanowka;
ein Schützenpanzerwagen in Nowokalinowo;
zwei Schützenpanzerwagen in Nowobachmutowka.
Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:
ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Wesjoloje.
Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:
ein T-64-Panzer in der Nähe von Pokowoje;
zwei Abwehrgeschütze „Strela-10“ und zwei Abwehrgeschütze „Tunguska“ in der Nähe eines Wohngebiet in Andrejewka;
zwei Abwehrgeschütze „Tunguska“ in der nÄhe von Dmitorwka;
drei Abwehrgeschütze „Strela-10“ in der Nähe von Anadol;
sieben T-72-Panzer in der Nähe von Donskoje.
Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:
ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug und zwei Abwehrgeschütze SU-34 in der Nähe von Tschermalyk.
Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:
ein T-72-Panzer in der Nähe von Chersones;
ein T-72-Panzer in der Nähe von Kljutschewoje;
drei Schützenpanzer in der Nähe von Lebedinskoje;
ein Abwehrgeschütz SU-23 in der Nähe von Pionerskoje;
zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Sopino.
Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk 15 T-80- und fünf T-64-Panzer erfasst.
Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Satschatowka 17 T-80-Panzer festgestellt.
Diese Sachverhalte werden von den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.
Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.
In der letzten Woche wurden **15 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften Ortschaften festgestellt: Nowgorodskoje, Nikolajewka Wtoraja, Kurdjmowka, Pobeda, Majorsk, Bogdanowka, Schumy, Konstantinowka, Werchnetorezkoje, Beresowoje, Talakowka, Wodjanoje und Schirokino.
Außerdem haben Kämpfer der 95. Brigade versucht, mit Schusswaffen Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen über den Gebieten von Konstantinowka und Schumy, worüber das ukrainische Kommando zuvor informiert worden war, abzuschießen. Die Beobachter konnten die Fluggeräte aus dem Feuer ziehen und ohne Schäden lassen.
So erlaubt es das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.
Wir stellen weiter **nicht kampfbedingte Verluste des Gegners** fest. In der letzten Woche starben zwei ukrainische Kämpfer, neun weitere erlitten nicht kampfbedingte Verletzungen. Hauptursachen sind nach wie vor der unvorsichtige Umgang mit der Waffe, die Verletzung von Sicherheitsbestimmungen und die ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten.

Am 12. Dezember entlud der Soldat Suchow auf den Positionen des 2. Bataillons der 54. Brigade im Gebiet von Marjinka während des Trinkens von Alkohol ein Maschinengewehr und schoss aus Versehen seinem Kameraden, dem Soldaten Tarassenko, ins Bein.
Am 12. Dezember brauchten zwei Nationalisten des 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. mechanisierten Brigade medizinische Behandlung aufgrund eines Streikt mit örtlichen Einwohnern in einem Nachtklub in Mariupol.
Am 12. Dezember starb der Unteroffizier Lyssenko im Gebiet von Newelskoje infolge der Detonation einer Antipersonenmine auf einem nicht gekennzeichneten Minenfeld im Verantwortungsbereich der 56. Brigade an seinen Verletzungen, der Soldat Sawenko erlitt Splitterverletzungen.
Am 12. Dezember wurde ein Kämpfer, geb. 1995, auf einem Zugstützpunkt des 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Starognatowka von einem Kameraden mit einem Maschinengewehr in den Kopf geschossen.
Am 12. Dezember erlitten zwei Strafsoldaten der 93. Brigade an einem Checkpoint im Gebiet von Satschatowka in der Folge eines Konflikts zwischen Kämpfern der 21. Brigade für öffentliche Ordnung der Nationalgarde und der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Schussverletzungen.
Am 14. Dezember erlitten zwei Kämpfer des 2. Bataillons der 95. Luftsturmbrigade während der Verminung einer Örtlichkeit im Gebiet von Jushnoje Splitterverletzungen, als sie auf eine Sprengeinrichtung gerieten.
Am 14. Dezember drohte der Unteroffizier Latschewskij aus der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Starognatowka während eines Konflikts zwischen Kämpfern einem aus der Ablösung aus der 53. Brigade mit einem Maschinengewehr und löste zufällig einen Schuss aus und verletzte diesen.
In der letzten Woche fand in der OOS-Zone ein Treffen des für Aufklärung zuständigen Assistenten des Generalsekretärs der NATO Kettler und des Kommandeurs der OOS Pawljuk statt, bei dem die ukrainische Seite ein weiteres Mal versuchte, den westlichen Kurator von einer angeblich bestehenden Wahrscheinlichkeit einer Aggression von Seiten der Volksrepubliken zu überzeugen.
Den genannten Besuch bringen wir mit dem Wunsch Kiews in Zusammenhang, weitere Tranchen und Militärhilfe zu erhalten, die von den Machhaben erfolgreich gestohlen werden können.
Den Besuch des hochrangigen Funktionsträgers der NATO verdüsterte ein weiterer unfreundlicher Ausfall der Ukraine gegen das Mitglied der Allianz Ungarn. Nach uns vorliegenden Informationen hängt der vorzeitige Abzug der 128. Gebirgssturmbrigade aus der OOS-Zone an den ständigen Stationierungspunkt in die Oblast Transkarpatien unmittelbar mit den sich verschärfenden Konflikten mit dem westlichen Nachbarn der Ukraine zusammen.
Die Positionen der 128. Gebirgssturmbrigade haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade eingenommen, die, kaum dass sie in der OOS-Zone eintragen, begannen, gesetzwidrig Stromleitungen anzuzapfen, im Zusammenhang damit werden die Einwohner von Lomakino gezwungen sein, überhöhte Stromrechnungen zu bezahlen.
Das Kommando der 36. Brigade seinerseits plant nicht, hinter den Errungenschaften siner Vorgänger aus der 128. Brigade bezüglich des Terrors gegen die friedlichen Bevölkerung unserer Republik zurückzustehen.
Dazu wurden nach Angaben unserer Aufklärung in der 36. Brigade zwei Drohnen des Typs Quadrokopter „Mavic“ und „Phantom“ gekauft sowie zusätzliche Systeme zum Abwurf von Laden mit einem Gewicht bis 500 g, die dafür genutzt werden, um maximalen Schaden an Objekten der zivilen Infrastruktur durch Abwurf selbstgebauter Sprengeinrichtungen zu erzeugen.
Es ist eine Verschlechterung der epidemiologischen Lage in den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen festzustellen.

In der letzten Woche wurden 16 Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade mit ernsten Darminfektionen in Krankenhäuser eingewiesen.
Nach Angaben unserer Quelle in der Brigade ist die Ursache der Vergiftung der Kämpfer der Genuss von durch die Abschaltung des Strom verdorbenen Fleisch und Fisch, die in Kühlschränken gelagert waren.
Am 8. Dezember hat die Donezker Treibstoff- und Energiegesellschaft die **Stromversorgung des zeitweiligen Stationierungspunkts des 13. Bataillons der 95. Brigade aufgrund der Nichtbegleichung der Schulden für Stromversorgung eingestellt** und der geschäftstüchtige Kommandeur des 13. Bataillons Oberstleutnant Sajaz hat die verdorbenen Lebensmittel statt sie wegzuwerfen an seine Untergebenen auf den Frontpositionen geliefert.
Die Volksmiliz leistet weiter sozial nicht geschützten Einwohnern unserer Republik Hilfe. In der letzten Woche wurden Grundnahrungsmittel und Kleidung an Einwohner von Donezk, Makejewka und Gorlowka, die unter der Aggression von Seiten der Ukraine gelitten haben, geliefert. Gemeinsam mit der humanitären Gruppe „Angel“ haben unsere Soldaten Lebensmittel in das frontnahe Krutaja Balka geliefert.
In der letzten Woche haben Panzereinheiten der Volksmiliz auf Panzerübungsplätzen ihre Kampffertigkeiten vervollkommnet. Die Mannschaften haben die Bekämpfung von Zielen mit Geschützen und Maschinengewehren und die Ladung von Munition bearbeitet sowie die Evakuierung verletzter Mannschaftsmitglieder simuliert.

snanews.de: **Vorstudie: „Sputnik V“ löst starke Immunantwort gegen Omikron-Stamm aus**
Eine neue Vorstudie des russischen Gamaleja-Forschungszentrums hat eine hohe virusneutralisierende Aktivität des Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ gegen den Omikron-Stamm des Coronavirus gezeigt. Die Ergebnisse sind auf der Webseite für den Impfstoff veröffentlicht.
Bei der Laboruntersuchung zeigte „Sputnik V“ demnach eine Reduktion in der virusneutralisierenden Aktivität (VNA) für Omikron, die zu drei- bis siebenmal niedriger sei als bei anderen führenden Corona-Impfstoffen: die VNA von „Sputnik V“ gegen den Omikron-Stamm sank 11,8-fach. Bei der Spritze von Pfizer/Biontech wurde diese 41-fach reduziert (nach Daten der südafrikanischen Omikron-Studie).
„Bisher zeigt ‚Sputnik V‘ die besten Virusneutralisationsergebnisse gegen Omikron im Vergleich zu anderen Impfstoffen”, heißt es in der Pressemitteilung.
80 Prozent der Epitope im S-Protein seien von Omikron-Mutationen nicht betroffen, deswegen werde „Sputnik V“ voraussichtlich dauerhaft vor durch den Omikron-Stamm verursachten schweren Krankheitsverläufen schützen.
Auch der Einsatz der ersten Spritze, die als Einzeldosis-Impfstoff „Sputnik Light“ vermarktet wird, für eine Booster-Impfung bei mit anderen Präparaten geimpften Menschen erwies sich in der Studie als vorteilhaft. Dieses sogenannte „heterologes Boosting“ verlängere die Schutzperiode auch gegen Omikron – somit würde es die 3-Monate-Frist von mRNA-Impfstoffen übertreffen, hieß es.
In der Pressemitteilung wurde außerdem darauf verwiesen, dass die Effizienz und Sicherheit von „Sputnik V“ und „Sputnik Light“ durch mehr als 30 Studien sowie Impfkampagne-Daten aus über 60 Ländern bewiesen worden sei.
Der Corona-Impfstoff „Sputnik V“, der bereits im August 2020 als weltweit erster registriert worden war, ist derzeit in knapp 70 Ländern mit einer Bevölkerung von knapp vier Milliarden Menschen zugelassen. Er wurde vom russischen Gamaleja-Forschungszentrum entwickelt und vom Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) mitfinanziert, der auch für seine weltweite Vermarktung zuständig ist.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/09/09/3521469_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_aba9845329e8333e0fb272df85ff93e2.jpg

de.rt.com: **Löschung von RT auf Sendung: Russische Kommunikationsaufsicht droht Youtube mit Sperre im Land**

Russlands Kommunikationsaufsichtsbehörde Roskomnadsor droht YouTube mit einer vollumfänglichen Sperre im Land, falls das Videohostingportal den gelöschten Live-Kanal RT auf Sendung nicht wiederherstellt. Rechtliche Grundlagen für eine solche Maßnahme sind gegeben.

Zu Ihrer Information: Sie können RT DE Live nach wie vor auf anderen Plattformen empfangen, auch direkt über das Internet auf der Seite von RT DE.

Die russische Kommunikationsaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat die Löschung des RT-Live-Sendekanals auf YouTube wenige Stunden nach dem Sendestart als einen Akt der Zensur gebrandmarkt:

"Die zerstörerischen Schritte der Videohostingplattform sind präzedenzlos und verstoßen gegen die Schlüsselprinzipien der freien Weitergabe und des ungehinderten Zugangs zu Informationen."

Roskomnadsor verlangt von YouTube ferner, die Gründe für die Maßnahmen offenzulegen.

Sofortige Wiederherstellung von RT auf Sendung gefordert

Vor allem riet die russische Aufsichtsbehörde dem IT-Konzern dringend zur Wiederherstellung des YouTube-Kanals von RT DE:

"Am 16. Dezember adressierte Roskomnadsor ein Schreiben an die Geschäftsführung von Google LLC (Eigentümer der Video-Hosting-Website YouTube) mit der Forderung, die Beschränkungen für den deutschsprachigen Nachrichten- und Analysekanal RT auf Sendung, der dem russischen Medienhaus RT gehört, so schnell wie möglich aufzuheben."

Wie sieht es bei YouTube mit den Werbeeinnahmen aus?

Im Falle einer Weigerung drohe der Videohosting-Plattform eine Sperrung ihrer Dienste in ganz Russland, führte die Aufsichtsbehörde unter Verweis auf entsprechende Gesetze des Landes aus:

"Nach russischem Recht (482-Föderalgesetzbuch) kann eine Internet-Ressource für solche Aktionen vom Generalstaatsanwalt oder seinem Stellvertreter in Absprache mit dem russischen Außenministerium als an Verstößen gegen die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten beteiligt eingestuft und in die entsprechende Liste aufgenommen werden und eine Warnung von Roskomnadsor erhalten."

"Wenn der Eigentümer der Internet-Ressource der Warnung von Roskomnadsor nicht nachkommt, sieht das Gesetz eine [russlandweite,] teilweise oder vollständige Beschränkung des Zugangs sowie eine administrative Verwarnung vor."

Wie empfindlich eine vollständige Sperre den IT-Konzern treffen würde, lässt sich nicht genau einschätzen, da YouTube seine Werbeeinnahmen geheim hält. Allerdings geben gewisse Indikatoren über die Situation Auskunft. Einmal wäre da das Internetverkehrsaufkommen, hier als Beispiel eine Statistik vom Oktober 2021. Beim Traffic steht Russland mit 5,47 Prozent des globalen Aufkommens an zweiter Stelle nach den USA mit 20,31 Prozent. An dritter Stelle rangiert Brasilien mit 4,64 Prozent vor Japan mit 3,77 Prozent des globalen Traffic-Aufkommens.
Wichtig sind auch die Preise in US-Dollar pro 1.000 Werbeschaltungen. Ein Beispiel wird für den YouTube-Kanal CuteStockFootage.com im Jahr 2020 angegeben. Dieser generierte für 1.000 Werbeschaltungen in Russland durchschnittlich 1,45 US-Dollar, in den USA 0,38 US-Dollar, in Brasilien 0,32 US-Dollar und in Japan 2,36 US-Dollar.
Diese Preise sind jedoch von zahlreichen Parametern der individuellen YouTube-Videos und -Kanäle abhängig. Relevant sind unter anderem Inhalt, Kategorie, Nutzerwert, die Zeit, die Nutzer mit dem Betrachten des Videos verbringen und das Ausmaß der Nutzerbeteiligung. Außerdem gilt zu bedenken, dass diese Parameter von Land zu Land statistisch gesehen sehr unterschiedlich ausfallen können und dass Werbeschaltungen immer im Rahmen von Auktionen an den Meistbietenden versteigert werden. Nicht zuletzt bezieht YouTube auch Einnahmen aus Verkäufen an Nutzer innerhalb der Plattform.

RT – YouTubes Stiefkind

Seit Anfang 2020 hat YouTube den Zugang zu russischen Medien und deren Inhalten bereits 25 Mal eingeschränkt, so die Daten von Roskomnadsor. Dabei wurden "die häufigsten Einschränkungen dem russischen Medienunternehmen RT auferlegt".

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bc947c48fbef32d728243f.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipnenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 11. bis 17. Dezember 2021**
Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.
Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in der letzten Woche keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.
Unsere Aufklärung hat 23 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in sieben von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften** stationiert sind. …
Es wurden zwei Fälle festgestellt, dass Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert wurden. …
Wir stellen eine **Zunahme der Scharfschützenpaare in den Gebieten von Katerinowka und Petropwalowka** fest. …

Die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betrugen vom 11. bis 17. Dezember drei Mann, darunter ein Toter. …

snanews.de: **Moskau: Nato lässt alle Vorschläge Russlands zur Deeskalation unbeantwortet**

Die Nato hat laut dem russischen Vizeaußenminister Alexander Gruschko alle Vorschläge Russlands zur Deeskalation ohne Antwort gelassen. Die Allianz hat ihm zufolge auch keine konkreten und ernsthaften Initiativen zur Wiederaufnahme der Arbeit des Nato-Russland-Rates an den Tag gelegt.

Am Mittwoch teilte die Allianz mit, sie sei bereit, mit Moskau an vertrauensbildenden Maßnahmen zu arbeiten, wenn Moskau konkrete Schritte unternehme, um die Spannungen abzubauen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuvor gesagt, dass die Allianz für die Wiederbelebung des Nato-Russland-Rates sei, in dessen Rahmen auch die Lage in der Ukraine besprochen werden könnte.

„Wir haben keine konkreten ernsthaften Angebote von der Nato bekommen. Alle von uns zuvor gemachten Vorschläge zur Deeskalation blieben ohne Antwort“, sagte Gruschko am Freitag.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte bei seinem jüngsten Online-Treffen mit US-Staatschef Joe Biden gefordert, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, um rechtliche verbindliche Sicherheitsgarantien zu erarbeiten, die eine weitere Osterweiterung der Nato und eine Stationierung offensiver Waffensysteme in den russischen Nachbarstaaten wie der Ukraine ausschließen.

Laut dem Außenministerium in Moskau soll die Entscheidung der Nato-Staaten beim Bukarest-Gipfel 2008, laut der der Ukraine und Georgien der Nato-Beitritt in Aussicht gestellt wurde, offiziell zurückgenommen werden, weil sie im Widerspruch zu der Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten stehe, ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen zu stärken.

Am vergangenen Mittwoch hat die Beraterin des US-Außenministers, Karen Donfried, mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Sergej Rjabkow in Moskau verhandelt. Dabei wurden ihr offiziell zwei Dokumente überreicht, die russische Vorschläge zu Sicherheitsgarantien beinhalten. Moskau sei bereit, unverzüglich Gespräche zu diesen Dokumenten aufzunehmen, hieß es. Laut der Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, betrachte Russland die unterbreiteten Vorschläge als Schritt zur Aufnahme eines sachlichen Dialogs.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/08/03/3069214_0:124:3199:1923_1920x0_80_0_0_bf17c84a6abd806bdf09086bfc1c2aca.jpg

snanews.de: **Deutsche Regulierer leiten Verfahren gegen RT ein – Sender verweist auf europäisches Lizenzrecht**

Deutsche Medienregulierer haben gegen den russischen Sender RT wegen der angeblich fehlenden Rundfunklizenz beim Start seines deutschsprachigen Live-Programms ein Verfahren eingeleitet. RT reagierte mit einem Artikel und wies dabei auf das europäische Lizenzrecht hin.

Die Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Eva Flecken, sagte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (DPA) am Freitag, dass bei ihrem Gremium für dieses Programm des russischen Senders weder eine Rundfunkzulassung beantragt noch erteilt worden sei.

„Dass es sich um Rundfunk handelt, ist fraglos“, fügte Flecken hinzu.

„Wir haben daher heute ein förmliches Verfahren eingeleitet. Die Veranstalterin hat bis zum Ende des Jahres Zeit, sich zur Sache zu äußern“, so die Direktorin.

Als Antwort wies RT in einem Artikel auf das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen (ECTT) vom 1989 hin, wonach ein Fernsehsender mit Sitz in einem ECTT-Land auch in ein anderes ECTT-Land senden darf. Da RT eine Lizenz in Serbien gemäß den ECTT-Bedingungen erteilt worden sei, garantiere das ECTT seit dem Sendestart am 16. Dezember 2021 den freien Empfang von RT DE zwischen den Ländern, die die Konvention unterzeichnet und ratifiziert hätten.

„Das heißt, dass, wenn beispielsweise RT DE (lizenziert im ECTT-Land Serbien) in ein anderes ECTT-Land (z. B. Deutschland) sendet, es dafür keine deutsche Lizenz braucht“, heißt es im Artikel.

Am Donnerstag hatte RT einen neuen deutschsprachigen 24-Stunden-Nachrichtensender gestartet. Nur fünf Stunden nach dem Start wurde sein neuer YouTube-Kanal „RT auf Sendung“ unter Berufung auf die Umgehung der noch im September auferlegten Beschränkungen auf der Plattform gesperrt. Google verwies dabei auf die „klaren Community-Regeln“, die festlegen sollen, was auf der Plattform erlaubt sei.

Im August 2021 war dem Sender RT DE die Sendelizenz in Luxemburg verweigert worden. Die Medienregulierer beriefen sich dabei auf die Nichterfüllung von technischen Kriterien. Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums kritisierte die Entscheidung als einen Präzedenzfall in der Praxis der Medienanstalt und brachte sie mit einer „echten Hetze“ der deutschen Behörden gegen den Fernsehsender in Zusammenhang.

Im September hatte der Videodienst YouTube zwei RT DE-Kanäle – den Hauptkanal von RT und den Ausweich-Kanal „Der Fehlende Part” – gelöscht.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/09/1d/3767622_0:66:3407:1982_1920x0_80_0_0_ee50e725f0c60c4f09a08b684f939025.jpg

ombudsmandnr.ru: **Mitteilungen des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR**
Zwischen dem 30. November und dem 17. Dezember 2021 wurden drei Soldaten der Republik verletzt.
Vom 11. bis 17. Dezember starben zwei Soldaten der Republik.

snanews.de: **Putin warnt vor „ökologischem Neokolonialismus“ und fordert mehr Verantwortung von Industrieländern**
Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Industrieländer aufgefordert, mehr Verantwortung für die Treibhausgas-Emissionen zu übernehmen. Zugleich warnte er vor einem „ökologischen Neokolonialismus“.
„Jener industrielle Fortschritt, der von den Volkswirtschaften erreicht wurde, welche wir die fortgeschrittenen Volkswirtschaften nennen, worauf war er zurückzuführen? Auf die bisherigen und noch funktionierenden Technologien. Was hören wir heute? Lasst uns jetzt neue Regeln einführen. Wir haben ein gewisses Niveau erreicht, jetzt gibt es neue Regeln, welche für die Entwicklungsländer schwer zu erreichen sind. Und wir 'bepacken' sie mit den neuen Regeln“, sagte Putin am Freitag auf dem Kongress des russischen Unternehmerverbands RSPP.
Dann würden die Vertreter der sich entwickelnden Volkswirtschaften sagen, dass sie es den Industrieländern nie werden nachmachen können, weil diese ihre Anforderungen ständig erhöhen würden, hieß es. Es sei für alle schwierig, dem zuzustimmen.
Der russische Präsident vertritt die Ansicht, dass solche Anforderungen in Bezug auf alle Teilnehmer am Weltwirtschaftsleben gerecht gelten sollten. Auch seien die unterschiedlichen Niveaus zu berücksichtigen.
„Schließlich sind die Industriestaaten für die in der Atmosphäre akkumulierten Emissionen verantwortlich, und sie müssen die größte Last auf sich nehmen, um diese Aufgabe zu lösen, wie kann es anders sein? Ansonsten ist es eine Art des ökologischen Neokolonialismus. Wem könnte es denn gefallen? Ich denke, keinem von denen, die die neuen Wachstumsraten erzielen, wenn auch auf neuer Basis. Also ist es notwendig, diese Last in der Weltwirtschaft umzuverteilen“, betonte Putin.
Er sprach zuvor über Russlands Fortschritte in Richtung Dekarbonisierung. Russland sei nun „an die Spitze der grünen Transformation, der Digitalisierung aller Wirtschaftssektoren und Lebensbereiche vorgerückt“. Russland bemühe sich um eine „aktive“ und „kreative“ Lösung gegen den Klimawandel. „Saubere Atom- und Wasserkraft, Gaskraftwerke und die enorme Absorptionskapazität unserer Wälder und Ökosysteme haben unser Land zu einem der Vorreiter im globalen Dekarbonisierungsprozess gemacht“, sagte Putin in einer Sitzung des Außenministeriums im November.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0c/01/4532712_0:0:3038:1710_1920x0_80_0_0_a4d5fd9123a3c84095b5ff28865ad0db.jpg

abends:

dan-news.info: Heute konnten sich 50 Einwohner aus den frontnahen Dörfern Tawritschewskoje, Lukowo, Nikolajewka, Grigorjewka, Schewtschenko und Saporoshez im Telmanowo-Bezirk in einem die Ortschaften abfahrenden Bus gegen COVID-19 impfen lassen.

snanews.de: **Polnischer Soldat spricht über Tötung von Flüchtlingshelfern an Grenze zu Belarus**

Nach Worten eines aus Polen nach Belarus übergelaufenen Soldaten sind an der polnischen Außengrenze vor seinen Augen zwei Flüchtlingshelfer von polnischen Grenzschützern getötet worden.

Der 27-jährige Emil Czeczko war nach eigener Darstellung einer Einheit des polnischen Militärs unterstellt, die an die Grenze zu Belarus zum Schutz vor dem Andrang der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten verlegt worden war. Belarussischen Angaben zufolge wurde der Pole am gestrigen Donnerstag von einem belarussischen Trupp in der Nähe der Grenze aufgegriffen. Da er mit der Flüchtlingspolitik und dem Umgang seiner Regierung mit den Flüchtlingen nicht einverstanden sei, habe er in Belarus politisches Asyl beantragt.

In einem Interview mit dem Fernsehsender „Belarus 1“ am heutigen Freitag gab der Soldat an, zwei Mal Zeuge dessen gewesen zu sein, wie polnische Grenzschützer an der Grenze zu Belarus Flüchtlingshelfer erschossen hätten. „Ich habe mindestens zwei solche Situationen gesehen“, sagte Czeczko. Er bejahte die Frage, ob es sich dabei um zwei polnische Flüchtlingshelfer gehandelt habe. Er habe es mit seinen eigenen Augen gesehen: „Als ein Helfer kam und fragte ‚Wo bringt ihr sie hin‘, da schoss ihm der Grenzschützer einfach in den Kopf.“

Minsk spricht von Gewalt auf polnischer Seite

Der belarussische Grenzschutz mahnte mehrfach, dass es an der Grenze zwischen Polen und Belarus von polnischer Seite wiederholt zu Gewalt gegen Flüchtlinge komme, die sich dort vor Monaten versammelt hatten. Neben dem Einsatz von Schockgranaten machten die polnischen Einsatzkräfte auch übermäßigen Gebrauch von Reizgas. Weil dadurch Flüchtlinge auf belarussischer Seiter zum Teil schwer verletzt wurden, ermitteln belarussische Strafverfolger, um das Vorgehen der polnischen Einsatzkräfte aufzuklären.

Während die Behörden in Belarus das Schweigen der EU zu der übermäßigen Gewalt der polnischen Einsatzkräfte kritisieren, beschuldigt die Europäische Union die Regierung in

Minsk, die Flüchtlingskrise absichtlich ausgelöst zu haben.
Präsident Lukaschenko hat die Verantwortung für die Krise zwar von sich gewiesen, erklärte aber, die Flüchtlinge auf ihrem Weg in die Europäische Union nicht aufhalten zu können. Aufgrund der EU-Sanktionen fehlten seinem Land die dafür nötigen Kräfte und Mittel. Dennoch haben belarussische Behörden am Grenzübergang Brusgi / Kuznica ein Logistikzentrum in eine Flüchtlingsunterkunft umgewidmet, während auf polnischer Seite vermehrt sogenannte Push-Backs unternommen werden.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/1e/4154179_0:0:3319:1867_1920x0_80_0_0_bd956ca92fa35b5130ab0fc200de2999.jpg

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
Die Ukraine setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung des Donbass fort und verübt zielgerichtete Schläge auf sozial wichtige Objekte.
Heute haben Besatzer aus der 30. mechanisierten Brigade einen geplanten **Schlag auf das Gebäude der 43. Feuerwache des Zivilschutzministeriums** der DVR in der Uliza Garina 2/2A in **Golmowskij** verübt, indem sie **mit einer Drohne** eine selbstgebaute Sprengeinrichtung auf Grundlage einer BOG-17-Granate auf diese abgeworfen haben.
Die Rettungskräfte dieser Feuerwache haben bereits mehrfach Brände gelöscht, die durch ukrainischen Beschuss verursacht worden waren.
Offensichtlich hat gerade dieser Umstand den ukrainischen Straftruppen nicht gefallen, und sie haben eine Einschüchterungsaktion durchgeführt, in deren Folge das Gebäude der Feuerwache beschädigt wurde. Durch glücklichen Zufall wurde keiner der Rettungskräfte und der friedlichen Bürger verletzt.
Um die Zivilbevölkerung gegen die ukrainische Aggression zu schützen, waren **unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf den Startort der Drohne zu eröffnen**. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.
Die Materialien zu diesem Terrorakt werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 30. Brigade Sinewitsch hinzuzufügen.
Wir warnen die ukrainischen Kämpfer! Alle Versuche, die Lage zu destabilisieren und unsere Bürger einzuschüchtern sowie eine Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit zu schaffen, werden scharf unterbunden werden.